

Abhandl
2. IV. 1919 55²

Unsere Ernährungslage.

Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Löwenfeld-Ruß.

Wien, 2. April.

In der heutigen Sitzung des Ernährungsanschlusses erteilte Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Ruß auf eine Reihe von Anfragen des Obmannes Dr. Straßner umfassende Aufklärungen über die gegenwärtige Ernährungslage. Der Staatssekretär gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm ermöglicht sei, sich mit den Vertretern der Nationalversammlung über die Schwierigkeiten auf dem Gebiete des ErnährungsweSENS auszusprechen.

Im Verhältnis des Staates zu den Ländern kann für Deutschösterreich eine Ernährungspolitik nur einheitlich von einer Zentralstelle aus geführt werden, da Deutschösterreich — wenigstens derzeit — sich nicht allein ernähren kann, sondern fast ausschließlich auf auswärtige Zuschüsse angewiesen ist. Demie betreibt jedoch jedes Land, jeder Bezirk und jede Gemeinde eine Spezialernährungspolitik für sich selbst; man kann fast schon von einer „Verdorfung“ der Ernährungspolitik sprechen. Das muß dazu führen, daß sich die Ernährung auf allen Gebieten immer schwieriger gestaltet. Wien mit seinen über zwei Millionen Einwohnern, das bisher aus anderen Gebieten versorgt wurde, liegt an der äußersten Grenze Deutschösterreichs und bedarf der Unterstützung der deutschösterreichischen Länder.

Trotz vielfacher Konferenzen mit den Ländern ist es dem Ernährungsamt bisher nicht gelungen, diese Zustände zu verbessern. Als von der Nationalversammlung gewählter Staatssekretär mußte Redner das Verlangen stellen, daß die politischen Parteien — und die Landesverwaltungen seien ja von Vertretern der politischen Parteien besetzt — dem Staate geben müssen, was der Staat braucht. Der Staatssekretär versichert, daß er seit Übernahme des Amtes mit der größten Emsigkeit darauf geachtet habe, daß den Ländern in bezug auf die Verteilung der auswärtigen Lebensmittel kein Unrecht geschehe.

Die Fleischversorgung Wiens.

So schlecht wie Wien ist jedoch kein Ort Deutschösterreichs versorgt und eine gewisse Bevorzugung Wiens bei Gewährung kleiner Zuschüsse sei deshalb gewiß berechtigt. In keinem Gebiete Deutschösterreichs sei die Fleischversorgung so schlecht wie in Wien. Der Staatssekretär appelliert an den Ernährungsanschuß, das Ernährungsamt darin zu unterstützen, daß eine einheitliche Ernährungspolitik mit Hilfe und im Einvernehmen mit den Ländern durchgeführt werden kann.

Was die gegenwärtige Ernährungslage betrifft, so sind wir bezüglich Getreide und Mehl derzeit absolut auf das Ausland angewiesen, da unsere Produktion und Ablieferungen in allen Ländern mit Ausnahme von Oberösterreich im wesentlichen erschöpft sind. Die Verhandlungen mit den Nationalstaaten, die seit dem Umsturz ununterbrochen geführt werden, haben keinen greifbaren Erfolg gehabt. Vielleicht wird uns in der nächsten Zeit das jugoslawische Gebiet eine kleine Erleichterung durch Lieferung von geringen Mengen an Getreide, Fett und Eiern bieten können, aber auch hier sind wir auf die Unterstützung der Entente nicht nur in moralischer und politischer Beziehung, sondern durch Beistellung von Ententemannschaften für den Transport der Lebensmittelzüge angewiesen.

Unsere einzige Sorge und unser Hauptbestreben muß es daher sein, von der Entente Hilfe zu erhalten. Trotz des Entgegenkommens, das von der Entente Deutschösterreich bezeigt wird, bietet zunächst die Geldfrage außerordentliche Schwierigkeiten. Der Dreißig-Millionen-Kredit reicht höchstens für ein paar Monate hin und langt nicht einmal, um die Getreideimporte zu decken. Die Beschaffung weiterer Kredite, ebenso die Beschaffung von ausländischen Zahlungsmitteln stößt bei dem ungünstigen Stande unserer Valuta und bei der Höhe der Preise für ausländische Lebensmittel auf die größten Schwierigkeiten.

Seit dem Einsetzen der Zuschüsse im Januar haben wir von der Entente ziemlich beträchtliche Mengen an Getreide, bereits gegen 60.000 Tonnen, erhalten.

Verhandlungen wegen Erhöhung der Mehlquote.

Die eingelangten Zuschüsse reichten bisher nur zur Not hin, die bisherigen Quoten aufrechtzuerhalten, da, je weiter die Zeit vorrückt, eine immer größere Zahl von Selbstversorgern zu Nichtselbstversorgern wird. Wir sind aber ständig bemüht, eine Erhöhung der Quote durch Vermehrung der Zuschüsse durchzusetzen, und die gegenwärtigen Verhandlungen in Triest dienen auch dem Zwecke, die Erhöhung der Mehlquote zu erreichen. Außerdem sind wir bemüht, in den Ueberseeländern, so in Argentinien, Getreide direkt einzukaufen.

Die uns von der Entente zugesagten Fettlieferungen sind unregelmäßig eingelangt, wir hoffen aber, da wir in der letzten Zeit größere Fetteinläufe gemacht haben, daß wir auch mit Fett in Zukunft besser versorgt sein werden. Ähnlich ist es mit Kondensmilch und Reis. Weiterhin hoffen wir auch, in der nächsten Zeit gepökeltes Fleisch, namentlich für Wien, importieren zu können. Alle diese Zuschüsse reichen jedoch nicht hin, um unsere Ernährung vollkommen kluglos zu gestalten und das zu ersetzen, was uns bisher durch die Eigenproduktion und von den benachbarten Staaten geliefert worden ist. Der heutige Ernährungszustand kann durch die Ententezuschüsse wohl verbessert, aber durchaus nicht vollkommen befriedigend gestaltet werden.

Notwendigkeit der Getreidebewirtschaftung auch im kommenden Jahre.

Die Kardinalfrage, ob an eine Getreidebewirtschaftung auch im kommenden Jahre gedacht sei, mußte bejaht werden, da wir durch die Eigenproduktion nur einen Teil unseres Bedarfes decken können und Importmöglichkeiten vorläufig nur im beschränkten Maße vorhanden sind. Andererseits wird das bisherige Ausbringungssystem nicht aufrecht erhalten werden können, da es zu einer weiteren Verschlechterung der Getreideproduktion und der Viehhaltung führen muß. Dem Landwirt dürfen in Zukunft nicht dieselben Fesseln auferlegt werden, von denen er bisher bedrückt worden ist. Es ist daran gedacht, das sogenannte Kontingentsystem durchzuführen, in dem dem Landwirt die möglichste Verfügungsfreiheit über seine Produkte gegeben wird, und er nur verpflichtet sein soll, ein bestimmtes Quantum abzuliefern.

Das Wesen dieses Systems besteht darin, daß einvernehmlich mit den Ländern ein Reichskontingent und für die einzelnen Länder ein Landeskontingent festgestellt wird, das möglichst autonom von den Ländern auf Bezirke und Gemeinden aufgeteilt werden soll. Die Ausbringung der Kon-

tingente soll insbesondere im Wege der landwirtschaftlichen Genossenschaften erfolgen.

Was die Viehaufbringung betrifft, so fällt dies in den Wirkungsbereich des Staatsamtes für Landwirtschaft. Der vielfach gewünschte freie Viehhandel sei jedoch nach seiner Meinung in Deutschösterreich derzeit nicht durchführbar. Eine derartige Maßnahme würde bestimmt zunächst auf den Widerstand der einzelnen Länder stoßen. Eine zentrale Stelle bleibt aber unentbehrlich zur Verteilung der heimischen aufgetragenen Mengen und der Importe.

Die für die übrigen staatlich bewirtschafteten Lebensmittel, Fett, Milch usw., geschaffenen Anordnungsstellen funktionieren heute leider fast gar nicht. Das Volksernährungsamt wird trachten, mit Hilfe der Vertreter der Landwirtschaft diese Organe wieder zum Funktionieren zu bringen. Speziell die Milchversorgung Wiens wird sehr schwer zu lösen sein. Gerade in dieser Beziehung wird trotz der besten Intentionen nicht viel erreicht werden können, wenn die Behörden und die Bevölkerung selbst nicht mithelfen.

Der Staatssekretär bespricht sodann die Tätigkeit der bisher noch bestehenden Ernährungszentralen. Diese Stellen sind heute in erster Linie staatliche Verteilungsstellen, die mit staatlichem Gelde arbeiten, nicht auf Gewinn berechnet sind und deren Leitung Kommissionen führen, in denen alle beteiligten Interessentengruppen vertreten sind.

Hinsichtlich des Imports lasse sich heute die staatliche Organisation nicht erhehlen. Der Handel werde auf allen Seiten zur Mitwirkung herangezogen, aber eine völlige Freigabe des Handels würde heute den erwarteten Effekt bestimmt nicht erzielen können. Solange die Möglichkeit unbeschränkter Importe nicht bestehe, würde die unregelmäßige Einfuhr nur zu maßlosen Preissteigerungen führen, ganz abgesehen davon, daß derzeit der einzelne gar nicht die Möglichkeit habe, unbeschränkte Mengen von Lebensmitteln einzuführen.

Der Staatssekretär schließt mit der Versicherung, daß das Ernährungsamt und seine Beamten jederzeit bemüht waren, ihr Bestes zu tun, um die entsehligen Leiden der Bevölkerung wenigstens zu verringern.

Auf die im Laufe der Debatte, an der sich die Abgeordneten Födermayr, Emag Freundlich, Johann Gürtler, Mähitsch, Schwarzegger und Thanner beteiligten, gemachten Vorbringungen reaktierte Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Ruß und bemerkte, insbesondere, er nehme im Prinzip den Standpunkt ein, der Sommerverkehr müsse im Interesse der großstädtischen Bevölkerung, speziell Wiens, gestattet werden. Die städtische Bevölkerung bedürfe nicht nur der Erholung, sondern auch einer Verbesserung ihrer eigenen Ernährung, namentlich der Kinder. Es gehe nicht an, die Wiener Bevölkerung zu blockieren, wovon etwa nicht nur die bemittelten Klassen, sondern auch der Mittelstand und die Arbeiter betroffen werden würden. Eine Verpflichtung in bezug auf die Versorgung könne allerdings nicht übernommen werden. Sollte der lokale Behörde werde es sein, durch Kontrollmaßregeln Vorbeuge gegen Schleichhandel und Warenverschleppung zu treffen.